

11. September Deutschland 1944 - Nordwestlich von Trier hatten amerikanische Einheiten die deutsche Reichsgrenze überschritten.

12. September 1909 - Der Chemiker Fritz Hofmann, Mitarbeiter der Farbenfabrik Bayer/Elberfeld a. d. Wupper, erhält weltweit das erste Patent für ein Verfahren zur Herstellung von künstlichem Kautschuk, den er Buna nennt.

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

15. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

02. September 2014

Waffen fehlen im Irak nicht

Von Petra Sitte, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Ausgerechnet am Weltfriedenstag, dem 1. September, debattiert der Bundestag nun über mögliche Waffenlieferungen aus Bundeswehrbeständen an die Kurden im Nordirak. Die Bundeskanzlerin wird eine Erklärung abgeben, nachdem bisher nur die zuständigen Ausschüsse über das Vorhaben der Regierung informiert sind. In Koalitionskreisen wird offenbar erwogen, eine Resolution zur Lage im Irak zur Abstimmung zu stellen. Diese soll wohl der neuen Situation, dem Paradigmenwechsel gerecht werden, von der allenthalben die Rede ist. Ein Mandat des Bundestags ist laut Parlamentsbeteiligungsgesetz nicht nötig, so lange keine Soldaten beteiligt sind - etwa als Ausbilderinnen und Ausbilder oder zum Transport. DIE LINKE hingegen lehnt diese Waffenlieferungen ab, die die Situation vor Ort langfristig wohl eher verschärfen als verbessern. Das gilt im Übrigen für viele Krisenherde in der Welt, in denen durchaus auch schreckliche Kriegsverbrechen begangen werden. Wir wollen insgesamt ein vollständiges gesetzliches Verbot von Waffenexporten, insbesondere von Lieferungen in Krisenregionen wie dem Nahen Osten.

Denn es ist eben gar nicht so neu, dass Deutschland Kriegsgerät in bewaffnete Konflikte liefert. Ob nach Saudi-Arabien, in den Irak oder nach Israel, ob in die Ukraine, nach Russland oder in die Türkei. All diese Länder stehen und standen in kriegs- oder bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen und bekamen deutsche Waffen. Aktuell bestätigt eine Antwort der Bundesregierung auf Anfrage unserer Fraktion: Rheinmetall darf eine Panzerfabrik nach Algerien liefern. Es wurde und wird in unserem Land Geld verdient mit Kriegen in aller Welt. Damit muss Schluss sein. Denn

nicht mal an ihre eigenen politischen Richtlinien für Rüstungsexporte, nicht an die der OSZE und auch nicht an das Kriegswaffenkontrollgesetz hält sich die Bundesregierung bei der Entscheidung für Waffenlieferungen. Diese sehen etwa vor, dass der Endverbleib der Waffen vertraglich geregelt werden muss, dass nicht in bestehende bewaffnete Auseinandersetzungen geliefert werden darf und dass bestehende Konflikte nicht verschärft werden dürfen. Diese Voraussetzungen sind nicht gegeben und trotzdem sollen Waffen an die Kurden geliefert werden, die schon morgen dem IS in die Hände fallen könnten.

Die Bundesregierung sollte viel eher die so wichtige humanitäre Hilfe ausbauen. Mehr als 1,2 Millionen Menschen im Irak sind von diesem Konflikt betroffen und leiden unter entsetzlichen Bedingungen. Es fehlt an dem Nötigsten – selbst Trinkwasser und Nahrung. Seit Monaten wird den Kurden im Nordirak Hilfe verweigert – nicht einmal Medikamente kommen durch. Die Türkei muss endlich das Embargo gegen die nordsyrischen Kurdengebiete beenden. Katar und Saudi-Arabien müssen ihre Unterstützung für den IS beenden.

DIE LINKE wird zu Recht gefragt, wie denn nun die brutalen Terroristen vom IS gestoppt werden sollen. Darüber ist in Gremien der Vereinten Nationen zu beraten. Waffen fehlen im Irak jedenfalls nicht.



**Rüstungs-
Exporte
verbieten!**

DIE LINKE.



4. SEPTEMBER 2014 – AKTIONEN ZUM WELTFRIEDENSTAG

MARKTPLATZ HALLE - 14.00 Uhr – 18.00 Uhr

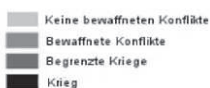
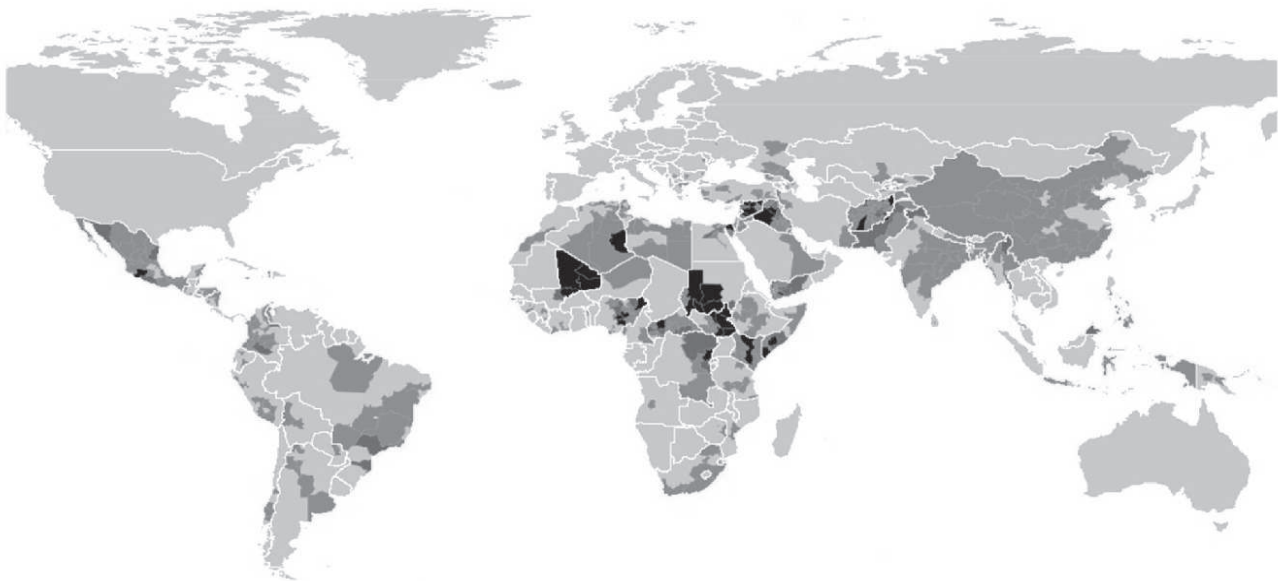
Anlässlich des Antikriegstages/Weltfriedenstages warnen der Friedenskreis Halle e.V., die DGB Region Halle-Dessau und das Forum Ziviler Friedensdienst vor einer zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik.

Auf einer großen Weltkarte, welche auf den Marktplatz gesprüht werden soll, werden die sich aus den aktuellen Krisen und Kriegen gebenden Herausforderungen verdeutlicht. Mit der Unterzeichnung von Protestpostkarten kann der Forderung nach einer aktiven Friedenspolitik Nachdruck verliehen werden.

Jede Stimme zählt

Wer die Kampagne unterstützen möchte, kommt auf den Marktplatz in Halle (vor den Ratshof) bzw. kann auf www.bevor-es-zu-spät-ist.de online unterzeichnen.

Bewaffnete Konflikte 2013 (auf regionaler Ebene)



13. September 2014 | ab 11^oUhr auf dem Marktplatz in Halle

In diesem Jahr geht der Hallesche Christopher Street Day in die 14. Runde. Traditionell wird er wieder in Kooperation zwischen dem Begegnungs- und Beratungs-Zentrum „lebensart“ e.V. und der AIDS-Hilfe Halle/Sachsen-Anhalt Süd e.V. veranstaltet.

In der CSD-Woche wird es an unterschiedlichen Orten viele interessante und informative Veranstaltungen geben. Der krönende Abschluß dieser ereignisreichen Woche ist das Straßenfest auf dem Marktplatz. Gestartet wird dieses mit dem traditionellen Hissen der Regenbogenfahnen vor dem Ratshof als Zeichen der Solidarität und als Bekenntnis zur Vielfalt in Halle.



**Klangvielfalt
für (H)alle!**
Deine Stimme für gleiche Rechte

**Christopher Street Day
Halle (Saale)**

**13. September 2014
ab 11 Uhr | Marktplatz**

Begegnungs- und Beratungszentrum
lebensart e.V.
sachsenart für sex- und lebensart

ab 22 Uhr Abschlussparty
Studio Halle | Waisenhausring 8

**AIDS-Hilfe
Halle** Sachsen-
Anhalt Süd

Regionalkonferenzen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, im Frühjahr 2016 finden in Sachsen-Anhalt die nächsten Landtagswahlen statt. Dafür wollen wir auf unserem Landesparteitag am 25. Oktober 2014 in Quedlinburg die Weichen stellen. In den nächsten Tagen werden wir den Leitantrag parteiöffentlich publizieren und natürlich möchten wir ihn dann auch mit Euch diskutieren.

Gemeinsam mit den jeweiligen Stadt- und Kreisverbänden organisieren wir deshalb insgesamt fünf Regionalkonferenzen und bitten Euch, die Termine bereits jetzt vorzumerken. Detaillierte Einladungen folgen in Kürze, sobald alle Veranstaltungsobjekte, in denen wir tagen möchten, fest gebunden sind. Heute können wir Euch erst einmal die Daten und Orte nennen. Die Regionalkonferenzen beginnen jeweils um 17.30 Uhr und finden statt am

==> 17. September in Dessau (Region Anhalt)

==> 22. September in Halle (Region Südliches Sachsen-Anhalt)

==> 24. September in Magdeburg (Region Magdeburg)

==> 6. Oktober in Winterfeld (Region Altmark)

==> 8. Oktober in Hettstedt (Region Harz)

Wir wollen die Regionalkonferenzen nutzen, um uns mit Blick auf den Landesparteitag mit Euch über unsere Aufgaben zu verständigen und erste Akzente für den Landtagswahlkampf zu setzen.

Zu dieser Diskussion laden wir Euch sehr herzlich ein und freuen uns schon jetzt auf interessante Gespräche und spannende Veranstaltungen.

Beratung des Stadtvorstandes mit den Basisvertretern am 03.09.2014, 18 Uhr, im Linken Laden in der Leitergasse 4.

Gemeinsam mit Euch wollen wir den Leitantrag des Landesvorstandes Sachsen-Anhalt zur 2. Tagung des 4. Landesparteitages am 25. Oktober 2014 in Quedlinburg diskutieren. Den Input wird die Vorsitzende des Landesausschusses, Marion Krischok, geben.

http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/partei/parteitage/4_parteitag_2_tagung/leitantrag/

**Gesprächskreis
Gesellschaftskonzeption
10. September, 17 Uhr
im Café Tristan im
mdr-Funkhaus.**

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

**2. September, 16:30 Uhr,
Kulturtreff Halle-Neustadt
"Der Auschwitz-Prozess:
Ein Lehrstück deutscher
Geschichte"**

es spricht Rechtsanwalt
Ralph Dobrawa.
Eine Veranstaltung des
Rotfuchs Fördervereins e.V.
Regionalgruppe Halle

Vorankündigung

Am **23.09.2014, 15 Uhr**, wird das erste Seniorenkaffee im Linken Laden in der Leitergasse 4, 06108 Halle (Saale), stattfinden.

Buchlesung im Linken Laden

Das Wahlkreisbüro Swen Knöchel und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Halle (Saale) laden zur Buchlesung von Erik Neutschs Roman „Der Totschlag“ ein.

Es liest **Joachim Jahns** (Dingsda-Verlag).

07. Oktober 2014, 19 Uhr,
Linker Laden, Leitergasse 4 in
06108 Halle (Saale)

Parkfest Pestalozzipark

Auch die LINKE Halle (Saale) wird sich in guter Tradition mit einem Stand auf dem diesjährigen Parkfest im Pestalozzipark präsentieren. Die Genossinnen und Genossen, die die Standbetreuung übernommen haben freuen, sich über weitere Unterstützung, auch stundenweise. Meldungen dazu bitte an die Geschäftsstelle und/oder am **06.09.2014** einfach vor Ort sein.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4

06108 Halle (Saale)

Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de

Swen Knöchel (v.i.S.d.P)

Herstellung: Eigendruck

Erscheinungsweise: 14 - tägig

Auflage: 400 Exemplare

Spenden erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:

28.08.2014

Redaktionsschluss der nächsten

Ausgabe: 11.09.2014

„früher war ich müde, heute kaputt!“

Michael Schlecht, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher Fraktion DIE LINKE

Arbeit ist das halbe Leben, heißt es, doch diese Hälfte wird immer größer und immer anstrengender. Stress, Hetze, Überstunden, Termin- und Leistungsdruck sind heute üblich. Immer häufiger führt das Arbeitsleben zu Depression und Frühverrentung. Höchste Zeit also für ein Anti-Stress-Gesetz. Arbeitsministerin Andrea Nahles allerdings will lieber nichts überstürzen. CDU-Vize Michael Fuchs findet das gar eine „dekadente“ Idee.

Fuchs ist gegen ein Gesetz, das den Feierabend der Arbeitnehmer vor dem Zugriff ihres Chefs schützt. „Solch realitätsferne Ideen können sich nur dekadente Gesellschaften leisten“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion. Das Wörterbuch der deutschen Sprache definiert Dekadenz als „kulturellen Verfall, der sich in einer übertriebenen Verfeinerung des Geistes und der Sinne äußert“. Sind die deutschen Beschäftigten alle zu Weicheiern geworden?

Wie sieht das Leben im „dekadenten“ Deutschland heute aus? Die Fakten sind mal wieder eindeutig. Zum einen wird die Arbeit immer produktiver. Pro Arbeitsstunde wird heute in der Industrie doppelt so viel produziert wie noch 1991. Man könnte also Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich reduzieren und gleichzeitig die Arbeitenspannter gestalten.

Aber so ist es nicht. Denn nicht die Produktivität zählt für die Unternehmen, sondern die Rentabilität. Profit geht vor Lebensglück. Und das macht das Arbeitsleben immer härter. Immer mehr Jobs sind unsicher und zeitlich befristet, was die Angst vor Job-Verlust schürt. Im-

mer weniger Menschen sind durch Tarifverträge geschützt, sondern ihren Arbeitgebern ausgeliefert. Schichtdienst, Nacht- und Wochenend-Arbeit nehmen zu, mehr als jeder vierte Deutsche arbeitet laut Eurostat regelmäßig am Abend. Die Angst vor Hartz IV tut ihr Übriges, um die Menschen gefügig zu machen.

Nach einer Umfrage der Ersatzkrankenkassen muss jeder fünfte Arbeitnehmer auch nach Feierabend dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen. Laut Bundesanstalt für Arbeitsschutz klagt die Hälfte der Deutschen über wachsenden Stress im Job. Jeder zweite Befragte leidet unter ständigem Termin- und Leistungsdruck. Jeder Vierte verzichtet auf eine Pause.

Den Turbo-Kapitalismus halten viele nicht lange aus: Burn-out, Depressionen, psychische Probleme sind die Folgen, die auch wirtschaftlich verheerend sind. Mehr als 60 Millionen Arbeitsunfähigkeitstage gingen 2012 auf das Konto „Psychische und Verhaltensstörungen“. Unaufhaltsam wächst der Anteil jener, die wegen psychischer oder Verhaltensstörungen vorzeitig in Rente gehen müssen. Seit 1993 ist er bei den Männern von 12 auf 36 Prozent gestiegen und bei den Frauen von 20 auf 49 Prozent.

Die LINKE hat die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage nach den Gründen für die zunehmende psychische Belastung gefragt. Von Rendite und Profit und Deregulierung des Arbeitsmarkts ist in der

Antwort keine Rede. Als Ursachen sieht die Bundesregierung dagegen die „Kommunikationstechnik“, „Informationsflut“, die „Beschleunigung von Fertigungsprozessen“, „Globalisierung“, „Strukturwandel“, „Flexibilisierung“ und „Subjektivierung“ – also anonyme „Kräfte“ und Tendenzen, die keine Profiteure und keine Urheber mehr kennen.

Arbeitsministerin Nahles kündigt nun vollmundig eine Anti-Stress-Verordnung an. Sie lässt jetzt prüfen, ob und wie es möglich sei, «Belastungsschwellen» festzulegen. Erste Ergebnisse werden für 2015 erwartet; konkrete Schritte werden also noch auf sich warten lassen.

Die LINKE sagt dagegen: Genug geprüft! Die Faktenlage spricht eine eindeutige Sprache. Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften nach einer Anti-Stress-Verordnung. Beispiele, wie diese rechtlich sicher umgesetzt werden kann, gibt es in unseren Nachbarländern zur Genüge.

Die Arbeitszeit muss nach den Bedürfnissen der Beschäftigten ausgerichtet werden. Abend-, Wochenend- und Schichtarbeit darf es nur geben, wenn es unvermeidlich ist. Im Betriebsverfassungsgesetz sind erzwingbare Rechte einzuführen, durch die die Belegschaften bei der Gestaltung von Arbeitsaufgaben, Arbeitsorganisation und Arbeitsumfeld mitbestimmen können. Der Betriebsrat muss in vielen Fällen ein Veto-Recht haben.

Kanzleramt mauert bei NS-Aufarbeitung

Wenn man ein Gesamtbild über die „zweite Schuld“, also die Art und Weise der quasi übergangslosen Integration weiter Teile der Elite des NS-Regimes in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft, haben will, kommt man um das Bundeskanzleramt nicht herum. DIE LINKE fordert deshalb die Einrichtung einer unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Kanzleramtes.

Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE:

Dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit von Ministerien und Behörden der Bundesrepublik auch 69 Jahre nach dem Ende des NS-Faschismus in Deutschland nicht abgeschlossen ist, liegt in erster Linie am lange (und zum Teil bis heute) fehlenden politischen Willen. Dies zeigt einmal mehr auch die Antwort der Bundesregierung auf die aktuelle Kleine Anfrage „Historische Aufarbeitung der Akten im Bundeskanzleramt“ von mir und der Linksfraktion im Bundestag. Erst in den letzten Jahren hat es, aufgrund öffentlichen Drucks, eine breitere Initiative zur Aufarbeitung der NS-Bezüge in einer Reihe von Ministerien und Behörden des Bundes gegeben, die zum Teil spektakuläre Ergebnisse zu Tage gefördert haben. Erinnert sei hier an die Arbeit der Kollegen Conze, Frei, Hayes und Zimmermann, die 2010 mit ihrer Studie „Das Amt und die Vergangenheit“ eine solide Arbeit über die personellen und strukturellen Kontinuitäten im Auswärtigen Amt vorlegten. Aber auch über die Geschichte der Sicherheitsbehörden kommt mit der Arbeit ent-

sprechender Historikerkommissionen allerhand ans Licht. So wurde beispielsweise kürzlich im Rahmen der Unabhängigen Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes (BND) bekannt, dass sich bereits 1950 eine geheime Armee unter maßgeblicher Beteiligung ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS und der Wehrmacht im Umfeld der Organisation Gehlen und damit des Vorläufers des BND gründete, von der auch das Kanzleramt frühzeitig Kenntnis gehabt hat. Da man auch in anderen Zusammenhängen der Geschichtsaufarbeitung, so z. B. bei der Beschäftigung hochrangiger NS-Täter durch den BND, immer wieder auf die Frage stößt, in wie weit das Bundeskanzleramt, von den einzelnen Vorgängen Kenntnis hatte, bzw. diese veranlasste, stellt sich die Frage, wieso es bislang für die Regierungszentrale keine Aufarbeitung seiner historischen Rolle gibt. Denn wenn man eine vollständige Aufarbeitung der personellen und inhaltlichen Verbindungslinien bundesdeutscher Regierungspolitik nach 1949 will, dann kommt man um eine Aufarbeitung der Rolle des Kanzleramtes nicht herum.

Die Bundesregierung sieht dies jedoch völlig anders und keine Notwendigkeit, die eigene Geschichte nach 1945 von einer Historikerkommission aufarbeiten zu lassen. Dies sei Aufgabe der Forschung, und Historiker könnten ja, „im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die Aktenbestände beim Bundesarchiv zu Forschungszwecken einsehen“. Eine eigene Kommission brauche es da nicht. Das ist jedoch eine billige Ausrede die verschleiern soll, dass es seitens der Regierung kein Interesse gibt, das Kanzleramt in den Blick zu nehmen. Aus Sicht der LINKEN kann nicht angehen, dass alle untergeordneten Ministerien und Behörden nach und nach ihre Geschichte aufarbeiten, aber das Kanzleramt, also die exekutive Schaltzentrale, sich bis heute einer kritischen Reflektion, entgegen allen Lippenbekenntnissen, verweigert. Der Verweis auf das Bundesarchiv und die Freiheit der Forschung ist nichts anderes als scheinheilig. Ginge es dem Kanzleramt wirklich um eine kritische Aufarbeitung, dann würde es sich selbst aktiv um eine solche unabhängige wissenschaftliche Expertise bemühen. Die Bundesregierung ist in der Pflicht ihre Blockadehaltung endlich aufzugeben.

Politische Bildung mal anders – unaufdringlich, moderat und touristisch

Am 24. und 25. Juli war eine Gruppe auf Einladung von Dr. Pera Sitte zum Besuch des Bundestages in Berlin. Ein interessantes und reichhaltiges Programm erwartete die Teilnehmer aus ihrem Wahlkreis Halle und einigen Ortschaften des Saalekreises. Nach der Ankunft

wurden wir in der Rosa-Luxemburg-Stiftung empfangen. Dort wurden wir über die Aufgaben und die unterschiedliche Finanzierung der parteinahen Stiftung informiert. Einen großen Rahmen nimmt die Zahlung von Stipendien an Doktoranten ein, denn die Heran-

bildung linksorientierter Wissenschaftler ist ein wichtiger Aspekt für die Zukunft unserer Gesellschaftsauffassung.

Nach der Mittagspause und kleinem Stadtrundgang erfolgte der Hauptteil unseres Besucherprogramms. Der Besuch des Bundestages ist mit einer hohen Sicherheitskontrolle, ähnlich wie bei der Flugabfertigung, verbunden. Wir konnten erleben, wie täglich Tausende Besucher die Stätte aufsuchen wo „Politik gemacht“ wird. Von dem einstigen Gebäude, wo einst auch August Bebel, Karl Liebknecht, Clara Zetkin und Ernst Thälmann, um soziale Gerechtigkeit stritten, ist nur noch die Hülle geblieben. Ein kleines Forum mit Dr. Petra Sitte war ein Glanzpunkt. In ihren Ausführungen brachte sie den wichtigen Gedanken zum Ausdruck, dass die Parlamentsarbeit eine wichtige Tribüne ist, um soziale Themen in die öffentliche Diskussion zu bringen, jedoch muss es

stets darüber hinausgehen, das heißt die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen Nichtregierungsorganisationen bleibt ein wichtiges Feld.

Am zweiten Tag besuchten wir das Bundesverteidigungsministerium. Dass dort auch viele kontroverse Fragen gestellt wurden, liegt für eine linke Besuchergruppe in der Natur der Sache, denn die Auslandseinsätze sind gerade in der Gegenwart vordergründig in die Diskussion geraten. In der Diskussion konnte schließlich herausgearbeitet werden, dass ein Auslandseinsatz der Bundeswehr nur mit Zustimmung des Bundestages erfolgen kann. Das ist ein schwacher Trost bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Bundestages. Die anschließende Stadtrundfahrt zeigte uns Berlin in seiner nunmehr herausgebildeten Struktur. Heute spricht man/frau von City-Ost, City-West und dem neuen Berlin, womit die Meile zwischen Haupt-

bahnhof und Potsdamer Platz gemeint ist. Ein Abstecher nach Kreuzberg verdeutlichte uns die Umwandlung des Stadtteils durch Entmietung und Luxussanierung, was unter Gentrifizierung zu verstehen ist. Ein schlimmes Wort für all diejenigen mit geringem Einkommen, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

Zum Abschluss besuchten wir noch den Deutschen Dom am Gendarmenmarkt, früher Platz der Akademie, um die Ausstellung zur Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland zu besuchen. Der architektonisch von Friedrich Schinkel geprägte Platz lud zu einer genussvollen Tasse Kaffee ein, denn dort geht es beschaulicher zu als im sonst hektischen Berlin.

Die Betreuung durch die Vertreterin des Bundespresseamtes sowie die Informationen des Gästeführers und die Organisation durch Frank Rösler waren insgesamt exzellent. Hajo Gunkel

„ratschlag queer“ der LINKEN Halle zur CSD-Woche 2014 „Queer und (Anti-)Kapitalismus“

von Heinz-Jürgen Voß (Hannover), Salih Alexander Wolter (Berlin)

Buchvorstellung und Diskussion

Donnerstag, 11. September 2014, ab 18:30 Uhr

bbz lebensart (Beesenser Straße 6)

Die ‚Erfolgsgeschichte‘ der bürgerlichen Homo-Emanzipation in den westlichen Industriestaaten fällt mit der neoliberalen Transformation der Weltwirtschaft zusammen. Während vor allem weiße schwule Männer Freiheitsgewinne verbuchen, kommt es zu einem entsolidarisierenden Umbau der Gesellschaft, verbunden mit zunehmend rassistischen Politiken im Innern; zugleich dient der «Einsatz für Frauen- und Homorechte» als Begründung für militärische Interventionen im globalen Süden. Dabei waren es schon 1969 in der New Yorker Christopher Street, „[S]chwarze und Drag Queens/Transgender of colour aus der Arbeiterklasse“, die den Widerstand gegen heteronormative Ausgrenzung und Gewalt trugen und „sich in Abgrenzung zu weißen Mittelklasse-Schwulen und [-]Lesben ‚queer‘ nannten, lange bevor deren akademische Nachfahren sich diese Identität aneigneten“ (Jin Haritaworn). Doch auch hierzulande sind es die queer People of Color, die aktivistisch wie theoretisch gesamtgesellschaftliche Perspektiven jenseits des gängigen Homonationalismus entwickeln. Hierauf aufbauend diskutieren Voß und Wolter die Veränderungen der Geschlechter- und sexuellen Verhältnisse der Menschen unter zeitlich konkreten kapitalistischen Bedingungen. Buchvorstellung und -diskussion mit Heinz-Jürgen Voß.

Unterbringung Asylsuchender

Die Zahl der Menschen, die auch in Deutschland und in Sachsen-Anhalt Schutz und Zuflucht suchen steigt. Angesichts der zahlreichen Kriegs- und Krisenregionen ist das kaum verwunderlich. Dabei ist es im weltweiten Vergleich nur ein kleiner Teil Menschen, der es bis nach Europa bzw. in die Bundesrepublik schafft. Die allermeisten Menschen, die fliehen müssen, finden in Entwicklungsländern und unmittelbaren Anrainerstaaten der Krisenregionen Zuflucht und Aufnahme.

Dies gilt es stets zu bedenken, wenn über den Anstieg der Zahl der Asylsuchenden auch in Deutschland debattiert wird.

Dass die steigenden Zahlen die Kommunen vor große Herausforderungen stellen, dürfte unstrittig sein.

DIE LINKE erwartet von der Landesregierung, die beispielsweise vom Landkreistag formulierten Hinweise auf entstehende Finanzierungslücken ernst zu nehmen und bei der laufenden Haushaltauf-

stellung zu berücksichtigen.

Die Kommunen dürfen bei der Erfüllung dieser Aufgaben nicht alleingelassen werden – auch nicht in finanzieller Hinsicht.

Gleichzeitig appelliert DIE LINKE an alle politischen und behördlichen Ebenen: Steigende Zuzugszahlen dürfen nicht als scheinbar unüberwindbares Hindernis für eine dezentrale Unterbringung Asylsuchender in Wohnungen dargestellt werden. In den vergangenen Monaten und Jahren sind in einzelnen Landkreisen und Städten Schritte in Richtung einer stärkeren dezentralen Wohnungsunterbringung unternommen und entsprechende Konzepte entwickelt worden. Diesen Weg gilt es im Interesse der betroffenen Menschen, im Interesse menschenwürdiger Standards und mit Blick auf ein gedeihliches Miteinander und die integrationspolitische Wirkung weiter zu gehen. Es sollten auch unter den sich derzeit bietenden Bedingungen alle Anstrengungen unternommen werden, um Menschen in solch prekären

Lebenslagen in Wohnungen, statt in Gemeinschaftsunterkünften ohne Privatsphäre und oftmals ohne jede Chance auf gesellschaftliche Integration unterzubringen. Die Unterbringung in Containern oder anderen Notquartieren, die nicht mal den wenigen und keineswegs hohen Anforderungen für die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften in Sachsen-Anhalt entsprechen, lehnt DIE LINKE ab. Angesichts des Leerstandes von Wohnraum in Sachsen-Anhalt und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten muss es möglich sein, menschenwürdigen und angemessenen Wohnraum für Geflüchtete und Asylsuchende zur Verfügung zu stellen bzw. zu finden. Das erfordert die Mitwirkung unterschiedlicher politischer Ebenen und Verwaltungen, es erfordert Engagement und vielleicht auch Kreativität: Vor allem aber erfordert es den politischen Willen – in den Kommunen wie im Land.

Henriette Quade, Sprecherin für Flüchtlings- u. Migrationspolitik

Jugendbewegt ins Massengrab

In der deutschen Vorkriegsgesellschaft der Jahre 1910 bis 1914 herrschte eine große Unruhe, die vor allem von jugendlichen Künstlern artikuliert wurde; rückblickend haben Historiker auch vom „Zeitalter der Nervosität“ und von der „nervösen Großmacht“ gesprochen. Unzufriedenheit und Tatendrang konnten sich im August 1914 offenbar optimal verbinden mit den imperialistischen Strebungen einflussreicher Gruppen, etwa des Alldeutschen Verbandes und der Marineführung, die für Deutschland einen „Platz an der Sonne“, Weltgeltung und Kolonialbesitz erstrebten. Daraus resultierte eine Politik der immer größeren Risiken, die den Krieg bewußt einkalkulierte – bis er im August 1914 wirklich ausbrach und alsbald Ausmaße annahm, mit deren Destruktivität niemand gerechnet hatte. Am Ende lagen Millionen im Massengrab. Der Vortrag zeichnet diesen Vorgang aus sozialpsychologischer und kulturhistorischer Perspektive nach.

Vortrag und Diskussion mit Dr. Till Bastian (Arzt und Friedensforscher, Isny)

**Donnerstag, 18. September 2014, 18:00 Uhr
im Kulturtreff Halle-Neustadt, Am Stadion 5,
06122 Halle (Saale)**

Demokratie ausbauen - Geheimdienste abschaffen

Anlässlich der Demonstration „Freiheit statt Angst“ am 30. August 2014 in Berlin erklären Katina Schubert, Mitglied im Geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN, und Klaus Lederer, Berliner Landesvorsitzender der LINKEN und Mitglied im Parteivorstand: Für DIE LINKE steht in diesem Jahr die Forderung nach Abschaffung der Geheimdienste im Vordergrund. Die Enthüllungen rund um die NSA-Affäre zeigen, dass demokratische Gesellschaften und Geheimdienste nicht vereinbar sind. Die gesamte Kommunikation auf der Welt kann und wird von Geheimdiensten abgehört und protokolliert. Demokratische Grundrechte werden dabei mit Füßen getreten. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

Unser Dank gilt mutigen Menschen wie Edward Snowden, die als Whistleblower das Ausmaß der Überwachung öffentlich machen. Sie verdienen Schutz und nicht staatliche Repression.

Klaus Lederer erklärt weiter:

„Wir machen keinen Unterschied zwischen amerikanischen, deutschen, russischen oder sonstigen Geheimdiensten. Für uns ist klar: Geheimdienste gleich welcher Art sind nicht kontrollierbar. Sie entwickeln immer ein Eigenleben und werden alle ihnen zur Verfügung stehenden technischen Mittel zur Überwachung nutzen. Die Bundesregierung trägt hier die Verantwortung für die deutschen Dienste und deren Arbeit. Doch statt aufzuklären weitet sie die Überwachung weiter aus. Die jüngst öffentlich gewordene Bespitzelung von Politikerinnen und Politikern befreundeter Staaten und das Schweigen

der Bundesregierung zeigen einmal mehr, dass eine demokratische Kontrolle nicht nur durch das Parlament, sondern offenbar auch durch die Regierung nicht möglich ist.“

Katina Schubert führt aus:

„DIE LINKE setzt sich für die Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche ein. Regierungshandeln muss nachvollziehbar und kontrollierbar sein, sonst wird der grundgesetzlichen Bestimmung, alle Macht gehe vom Volke aus, nicht entsprochen. Die

Erkenntnisse der letzten Monate und Jahre - seien es die Enthüllungen über die NSA oder auch das Versagen der deutschen Dienste im Kampf gegen organisierte Rechtsterroristen - haben deutlich bewiesen, dass das wesentliche Merkmal von Geheimdiensten - eben im Geheimen, fernab der öffentlichen Kontrolle zu arbeiten - in einem elementaren Widerspruch zur Demokratie steht und dieser auch nicht durch parlamentarische Kontrollgremien aufgelöst werden kann.“

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat September Geburtstag haben.



Die Renteneinheit muss bis 2017 kommen

Zur Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, bis 2017 einen Fahrplan für die Angleichung der Ostrenten bis zum Jahr 2020 vorzulegen, erklären die Spitzenkandidaten der LINKEN für die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg, Bodo Ramelow, Rico Gebhardt und Christian Görke:

Für **Bodo Ramelow**, Spitzenkandidat der LINKEN in Thüringen, kommt die Ankündigung von Angela Merkel spät, er führt aus: „Angela Merkels Ankündigung kommt spät. Die Renteneinheit kommt 2020 für viele zu spät. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum die Bundeskanzlerin bis zum Wahljahr 2017 warten will, um einen Fahrplan zu beschließen, der die Ostrentenangleichung auf das 30. Jahr nach der Wiedervereinigung verschiebt. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Rente für gleiche Lebensleistung in Ost und West, dieses Prinzip entspricht dem Geist des Grundgesetzes. Die Ostrenten-

angleichung ist kein Almosen, sondern ein Anrecht der Rentnerinnen und Rentner im Osten.“

Der Spitzenkandidat der Brandenburger LINKEN, **Christian Görke**, fordert die Renteneinheit bis zum Ende der Legislaturperiode des Bundestages 2017: „Wir wollen, dass die Renteneinheit bis zum Ende dieser Legislaturperiode des Bundestages realisiert wird. Dort, wo wir Verantwortung in Landesregierungen übernehmen, bleibt diese Forderung auf der politischen Agenda. Wir werden uns nicht damit abfinden, dass auch diese Bundesregierung die Renteneinheit auf die lange Bank schiebt und auf die biologische Lösung setzt. Bis zum Jahr 2017 muss der Rentenwert Ost an den Rentenwert West angeglichen werden. Wir warnen die Bundesregierung vor Trickereien. Die Renteneinheit muss ohne Schlechterstellung der Beschäftigten und Rentnerinnen und Rentner in Ost und West realisiert werden.“

Sachsens Spitzenkandidat **Rico Gebhardt** sieht die Renteneinheit als Teil einer notwendigen großen sozialen Rentenreform: „Die Renteneinheit muss Teil einer großen sozialen Rentenreform werden, die das Prinzip der Sicherung des erreichten Lebensstandards im Alter wieder zur Richtschnur der gesetzlichen Rentenversicherung macht. Wir brauchen eine neue Rentenformel, die dafür sorgt, dass die Renten wieder mit den Löhnen steigen. Wir brauchen eine solidarische Mindestrente, die im Alter zuverlässig vor Armut schützt. Und wir wollen nicht zuletzt, dass die Rente ab 67 zurück genommen wird.“

Unterrichtsversorgung für das neue Schuljahr nicht ausreichend gesichert

Die Bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt hält die Unterrichtsversorgung für das neue Schuljahr nicht für ausreichend gesichert

Birke Bull erklärt:

„Wir haben erhebliche Zweifel an der Einschätzung des Ministers, wonach die Unterrichtsversorgung für das kommende Schuljahr gesichert sei.

Vielmehr ist zu befürchten, dass die vorgesehenen und realisierten Neueinstellungen nicht ausreichen, um sowohl die aus dem Dienst an der Schule ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen adäquat zu erset-

Bundessatzung der Partei DIE LINKE

Im Mittelpunkt der zweiten Tagung des 4. Parteitages der Partei DIE LINKE standen im Mai die Satzungsfragen. Das Linke Blatt veröffentlicht die jetzt geltende Satzung.

Teil 4

4. Die Organe der Partei

§ 14 Organe der Bundespartei und der Gliederungen

(1) Organe der Bundespartei im Sinne des Parteiengesetzes sind der Parteitag, der Parteivorstand und der Bundesausschuss.

(2) Alle Bestimmungen hinsichtlich der Organe der Bundespartei sind sinngemäß auch auf Organe der Landesverbände, der Kreisverbände und der bundesweiten Zusammenschlüsse anzuwenden, sofern diese Bundessatzung und die dort gültigen Satzungen nicht ausdrücklich etwas anderes vorsehen.

Parteitag

§ 15 Aufgaben des Parteitages

(1) Der Parteitag ist das höchste Organ der Partei. Er



**Mehr Lohn,
mehr Rente,
Armut
bekämpfen!**

DIE LINKE.

www.hier-und-in-europa.de

zen, den im kommenden Schuljahr weiter ansteigenden Schülerzahlen zu entsprechen und eine ausreichende Vertretungsreserve bereitzuhalten.

Wir fordern im Zusammenhang mit dem zu beratenden Doppelhaushalt für die Jahre 2015 und 2016 erneut, den Kürzungskurs des Personalentwicklungskonzepts zu verlassen und die Voraussetzungen zu schaffen, alle vakanten Stellen umgehend neu zu besetzen und dem Anstieg der Schülerzahlen Rechnung zu tragen.“

berät und beschließt über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen.

(2) Dem Parteitag vorbehalten ist die Beschlussfassung über:

- a. die politische Ausrichtung, die Grundsätze und das Programm der Partei,
- b. die Satzung sowie die Wahlordnung und die Schiedsordnung der Partei,
- c. die Wahlprogramme zu Bundestags und Europawahlen,
- d. die grundsätzlichen Richtlinien zur Finanzierung der politischen Arbeit, einschließlich der Bundesfinanzordnung,
- e. den Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes und den

Prüfbericht der Finanzrevisionskommission,

f. die Wahl und Entlastung des Parteivorstandes,

g. die Bildung und Auflösung von Landesverbänden,

h. die Auflösung der Partei,

i. die Verschmelzung mit einer anderen Partei.

(3) Darüber hinaus berät und beschließt der Parteitag über an ihn gerichtete Anträge.

(4) Der Parteitag beschließt über den Bericht des Bundesausschusses zur Parteientwicklung, zum Zusammenwachsen der Landesverbände in den neuen und alten Bundesländern und zur Arbeit des Bundesausschusses.

(5) Der Parteitag nimmt Stellung zur Arbeit der Bundestagsfraktion und der Gruppe im Europäischen Parlament auf der Grundlage derer Berichte. Er entscheidet über die Beteiligung an Koalitionen und die Tolerierung von Minderheitsregierungen auf Bundesebene.

(6) Der Parteitag nimmt den Bericht der Bundesschiedskommission entgegen.

(7) Der Parteitag wählt:

a. den Parteivorstand,

b. die Mitglieder der Bundesschiedskommission,

c. die Mitglieder der Finanzrevisionskommission.

§ 16 Zusammensetzung und Wahl des Parteitages

(1) Dem Parteitag gehören mit beschließender Stimme an:

a. 500 Delegierte aus den Gliederungen,

b. die Delegierten des anerkannten Jugendverbandes,

c. die Delegierten aus den bundesweiten innerparteilichen Zusammenschlüssen.

Dem Parteitag können weitere Delegierte mit beratender Stimme angehören.

(2) Die Delegierten werden auf die Dauer von zwei Kalenderjahren gewählt. Die Wahl findet frühestens am 1. Oktober des Vorjahres statt und soll spätestens vier Wochen vor dem Parteitag stattfinden. Davon unbenommen bleibt, dass der Bundesausschuss auf Antrag des Parteivorstandes oder der Parteitag selbst eine Neuwahl aller Delegierten beschließen kann. Unbenommen bleibt auch, dass die delegierende Versammlung jederzeit die Neuwahl ihrer Delegierten beschließen kann.

(3) Delegierte können im Verhinderungsfall durch Ersatzdelegierte vertreten werden, die nach gleichen

Grundsätzen zu wählen sind.

(4) Der Delegiertenschlüssel wird durch den Parteivorstand bis zum 30. Juni jeden zweiten Jahres auf der Grundlage der Mitgliederzahlen aus beitragszahlenden und beitragsbefreiten Mitgliedern zum 31. Dezember des Vorjahres für die beiden folgenden Kalenderjahre festgestellt.

(5) Die Delegierten aus den Gliederungen werden von Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen in Delegiertenwahlkreisen gewählt. Ein Delegiertenwahlkreis umfasst einen oder mehrere territorial verbundene Kreisverbände. Die Delegiertenwahlkreise werden durch die Landesvorstände bis zum 30. September jeden zweiten Jahres festgelegt.

Die 500 Delegiertenmandate der Gliederungen werden entsprechend den Mitgliederzahlen paarweise im Divisorenverfahren nach Adams (Divisorenreihe 0; 1; 2; 3; ...) auf die Landesverbände verteilt. Die Weiterverteilung der Mandate innerhalb eines Landesverbandes erfolgt entsprechend den Mitgliederzahlen der Delegiertenwahlkreise ebenfalls paarweise im Divisorenverfahren nach Adams. Siehe Übergangsbestimmungen 3.

(7) Der anerkannte Jugendverband der Partei erhält für jeweils volle 250 aktive Mitglieder zwei Mandate, höchstens aber 30 Mandate.

(8) Die Delegierten aus den bundesweiten Zusammenschlüssen werden durch bundesweite Mitglieder oder Delegiertenversammlungen gewählt. Dabei erhalten bundesweite Zusammenschlüsse, wenn ihnen mindestens

* 1.000 Parteimitglieder angehören 8 Delegiertenmandate,

* 750 Parteimitglieder angehören 6 Delegiertenmandate,

* 500 Parteimitglieder angehören 4 Delegiertenmandate,

* 250 Parteimitglieder angehören 2 Delegiertenmandate

mit beschließender Stimme.

Die Anzahl dieser Mandate bundesweiter Zusammenschlüsse darf die Zahl fünfzig nicht überschreiten. Anderenfalls ist der Parteivorstand ermächtigt, den Schlüssel für diese Mandate proportional anzupassen.

(9) Bundesweite Zusammenschlüsse von weniger als

250 Parteimitgliedern erhalten zwei Mandate für Delegierte mit beratender Stimme. Diese werden durch deren bundesweite Mitglieder oder Delegiertenversammlungen gewählt.

(10) Die Delegierten mit beratender Stimme werden gemäß einem durch den Bundesausschuss zu beschließenden Schlüssel durch Organe, Versammlungen und sonstige Gremien der Partei gewählt.

(11) Dem Parteitag gehören mit beratender Stimme weiterhin die Mitglieder der anderen Bundesorgane sowie die Mitglieder des Bundesfinanzrates, der Bundesschieds- und der Bundesfinanzrevisionskommission, die Mitglieder in den Organen der Europäischen Linken (EL) sowie die Abgeordneten der Partei im Europäischen Parlament und im Deutschen Bundestag an.

(12) Delegierte und weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme haben auf Parteitagen die gleichen Rechte wie Delegierte mit beschließender Stimme, ausgenommen das aktive Stimmrecht bei Wahlen und Abstimmungen.

§ 17 Einberufung und Arbeitsweise des Parteitages

(1) Ein ordentlicher Parteitag findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt.

(2) Der Parteitag wird auf Beschluss des Parteivorstandes unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung und des Tagungsortes mit einer Frist von acht Wochen durch schriftliche Nachricht an die Delegierten und an die weiteren Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit beratender Stimme einberufen. Soweit Delegierte noch nicht gewählt oder noch nicht gegenüber dem Parteivorstand gemeldet sind, geht die Nachricht an die delegierenden Gebietsverbände und Zusammenschlüsse sowie an den Jugendverband der Partei. Spätestens vier Wochen vor dem Parteitag sind alle Delegierten zu laden.

(3) In besonderen politischen Situationen kann ein außerordentlicher Parteitag auf Beschluss des Parteivorstandes ohne Wahrung der Einladungsfristen einberufen werden. Auf einem außerordentlichen Parteitag darf nur über Anträge beraten und beschlossen werden, die unmittelbar mit dem Grund der Einberufung zusammenhängen.

(4) Der ordentliche oder ein außerordentlicher Parteitag muss unverzüglich unter Wahrung der vorgesehe-

nen Fristen einberufen werden, wenn dies schriftlich und unter Angabe von Gründen beantragt wird:

a. durch den Bundesausschuss,

b. durch Landes- und Kreisverbände, die gemeinsam mindestens ein Viertel der Mitglieder vertreten,

c. durch mindestens ein Viertel der Delegierten mit beschließender Stimme.

(5) Anträge an den Parteitag können bis spätestens sechs Wochen vor Beginn eingereicht werden. Sie sind den Delegierten spätestens vier Wochen vor Beginn der Tagung zuzustellen. Leiteträge und andere Anträge von grundsätzlicher Bedeutung sind spätestens acht Wochen vor dem Parteitag parteiöffentlich zu publizieren. Bei einem außerordentlichen Parteitag können diese Fristen verkürzt werden. Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 50 beschließenden Delegierten auch unmittelbar auf dem Parteitag eingebracht werden.

(6) Anträge, welche von Landes-, und Kreis und Ortsverbänden, bundesweiten Zusammenschlüssen, Organen der Partei, Kommissionen des Parteitages oder mindestens von 25 Delegierten gestellt werden, sind durch den Parteitag zu behandeln oder an den Parteivorstand bzw. den Bundesausschuss zu überweisen.

(7) Die Kreisverbände/ Delegiertenwahlkreise müssen im Vorfeld eines jeden Parteitages die Möglichkeit haben, mit ihren Delegierten Anträge zu beraten und ihnen ein Votum zu einzelnen Sachverhalten zur Kenntnis zu geben.

(8) Der Parteitag gibt sich eine Geschäftsordnung. Solange ein Parteitag keine eigene Geschäftsordnung beschließt, gilt die Geschäftsordnung des vorhergehenden ordentlichen Parteitages.

(9) Der Parteivorstand benennt zur Vorbereitung des Parteitages ein Tagungspräsidium, eine Mandatsprüfungskommission, eine Antragskommission und eine Wahlkommission, deren Aufgaben und Arbeitsweise in der Geschäftsordnung und in der Wahlordnung zu regeln sind. Der Parteitag entscheidet über die endgültige Zusammensetzung dieser Gremien.

(10) Über den Ablauf des Parteitages ist eine Niederschrift oder ein Tonträgermitschnitt zu fertigen und zu archivieren. Beschlüsse des Parteitages sind schriftlich zu protokollieren und durch die Versammlungsleitung zu beurkunden. Siehe Übergangsbestimmung 2.